Stadt Kloten
WELTOFFEN UND BÜRGERNAH

PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

4. Dezember 2012

17. Sitzung der 11. Legislaturperiode

Vorsitz	Ratspräsident	Roger Isler
Anwesend	Gemeinderat	31 Ratsmitglieder
	Stadtpräsident	René Huber
	Stadtrat	Mathias Christen Max Eberhard Ueli Studer Corinne Thomet Mark Wisskirchen
	Verwaltungsdirektor	Thomas Peter
Protokoll	Ratssekretariat	Petra Wicht
Entschuldigt abwesend	Gemeinderat	Luzia Lobefaro
	Stadtrat	Priska Seiler Graf
Ort	Stadtsaal Zentrum Schluefweg	
Dauer	18.00 Uhr – 21.25 Uhr	

Traktanden

1 Protokollgenehmigung
2 Mitteilungen
3 Christoph Fischbach (SP); Interpellation Auslastung Sportanlagen / Begründung (Vorlage 2247)
4 Genehmigung des Voranschlags 2013 und Festsetzung der Gemeindesteuer (Vorlage 2194)

Der Samichlaus trifft gleich zu Beginn der Sitzung ein und redet dem Rat ins Gewissen. Er verteilt dann doch allen ein Säckli.

Der Ratspräsident weist darauf hin, dass Leo Niessner vom Stadtanzeiger zwischendurch einige Fotos vom Rat schiessen wird.

Die Chlausenkasse liegt auch dieses Jahr für freiwillige Spenden auf.

Der Vorsitzende stellt fest, dass zur Sitzung termingerecht eingeladen wurde und die Aktenauflage rechtzeitig erfolgte.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1
Protokollgenehmigung
Gegen das Protokoll Nr. 16 vom 6. November 2012 sind in der vorgegebenen Zeit keine Einwände eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

2
Mitteilungen
Aus dem Gemeinderat
Christian Lanz (Grüne) tritt per Ende Jahr aus dem Gemeinderat aus. Der Bezirksrat hat am 9.11.12 dem Austritt stattgegeben. Als Ersatz hat der Stadtrat heute Reto Schindler gewählt.

Der Bezirksrat hat auf die Vernehmlassung des Gemeinderates, zur Ersatzwahl der GRPK, positiv geantwortet und toleriert das vom Gemeinderat gewählte Vorgehen. Er akzeptiert den offensichtlichen politischen Willen des Motionärs. Der Bezirksrat bedauert jedoch, dass keine entsprechende Übergangsbestimmung getroffen wurde. Der Dank geht an den IFK-Präsidenten Beat Vorburger und die IFK-Mitglieder für die Verfassung der Vernehmlassung.

Die Kleine Anfrage von Heiri Brändli (EVP) zur Geothermie wurde vom Stadtrat am 20.11.12 beantwortet. Die Antwort wurde vermailt und ins Netz gestellt.

Eingang Kleine Anfrage Jürg Schär (GLP); Rechtliche Grundlagen zu Forderungsverzicht der Stadt Kloten zu Gunsten der Kloten Flyers AG am 20.11.12.

Die Antwort zur Interpellation Schuldenbremse von Jürg Schär (GLP) ist vom Stadtrat noch nicht beantwortet worden und kann deshalb nicht behandelt werden. Der Ratspräsident dankt für zukünftig rechtzeitige Beantwortung der Vorstösse.

Aus dem Stadtrat
Drehscheibe Bevölkerung / Umwandlung der befristeten Stelle
Der Stadtrat erkennt durch die Führung der Stabstelle AKKU den Mehrwert für Kloten, die Bevölkerung, die verschiedenen Partner und notabene die Stadtverwaltung und führt die

befristete Stelle in eine unbefristete Stelle um. Der Gemeinderat wird eingeladen, die personellen Folgekosten im Rahmen der Budgetgenehmigung 2013 zu genehmigen.

3
Christoph Fischbach (SP); Interpellation Auslastung Sportanlagen / Begründung (Vorlage 2247)

Interpellationstext:
Mit der Antwort auf das Postulat betr. Auslegung der Turnhalle Schulhaus Feld anerkennt der Stadtrat, dass es in Kloten Sportvereine gibt, die über zu wenig Hallenstunden verfügen und dadurch Kapazitätsprobleme haben.

Ist der Stadtrat bereit die Ausnutzung und das Potenzial aller Klotener Sportanlagen zu überprüfen?

Plant der Stadtrat zusammen mit den Sportvereinen eine Auslegeordnung und Analyse zu machen, um die Klotener Sportanlagen bestmöglich zu nutzen und um mögliche Konflikte aufzuzeigen?

Begründung:
In seiner Antwort vom 7.2.12 schreibt der Stadtrat, dass verschiedene Vereine einen Mehrbedarf an Turnhallen gemeldet haben. Eine 1-fach-Halle würde gut ausgelastet, eine 2-fach-Halle könnte noch mehr den Bedürfnissen entsprechen. Allerdings kann eine 2-fach Halle von der Funktion her keine 3-fach-Halle ersetzen. Es besteht die Gefahr, dass die Kapazität bald wieder nicht ausreicht. Eine 3-fach-Halle entspricht einem grossen Bedürfnis der Vereine für Abend-Trainings und Meisterschaftsspiele / Turniere am Wochenende. Der gemeldete Abend- und Wochenend-Bedarf ist sogar grösser, als die Kapazität einer 3-fach-Halle. Neben den Problemen bei den Turnhallen ist es nötig die Auslastung und Probleme sämtlicher Sportstätten in Kloten zu eruieren. Aufgrund der vom Stadtrat selbst erkannten Problematik besteht ein Handlungsbedarf. Darum bitte ich den Stadtrat die gestellten Fragen vertieft und ausführlich zu beantworten.

Ausführungen von Christoph Fischbach (SP): „Kloten ist Sportstadt, u.a. soll durch den Breitensport das Wohlbefinden und die Integration der Bevölkerung verbessert werden. Diese Aussagen sind in den strategischen Leitlinien 2010 bis 2014 festgehalten. Um diese Ziele zu erreichen bzw. weiter zu festigen kann die Stadt Kloten in erster Linie mit der zur Verfügung Stellung der nötigen Infrastruktur für die jeweiligen Vereine beitragen.
Der Spitzensport insbesondere das Eishockey wird mustergültig gefördert und unterstützt. Im Breitensport wurde für die Fussballer in diesem Jahr ebenfalls ein wegweisender Entscheid getroffen, indem der Erweiterung der Fussballanlage Stighag zugestimmt wurde. Für andere Vereine stossen die bestehenden Infrastrukturen an ihre Belastungsgrenzen bzw. schon darüber. Davon betroffen sind insbesondere die Hallensportvereine.

Im Mai 2012 wiesen die Hauptbenutzer der Ruebisbachhalle im Zusammenhang mit meinem zurückgezogenen Postulat auf die Problemfelder hin. Über 500 Jugendlichen und Kindern wird eine sinnvolle sportliche Betätigung angeboten. Die Vereine müssen jedoch wegen Platzmangels notgedrungen auf weitere Angebote verzichten. Zum Teil können keine neuen Mitglieder aufgenommen werden. Im Unihockey kann bei den Jugendlichen z.B. ab 15 Jahren kein Breitensport mehr angeboten werden. z.T. Können bereits heute keine Mädchenmannschaften mehr geführt werden.
Es ist klar ersichtlich, dass hauptsächlich die Trainingsmöglichkeiten fehlen. Es gibt nun mal Sportarten welche nicht draussen stattfinden. Ebenso ist für gewisse Sportarten eine 3-fach-Halle nötig.
Aus diesem Grund bitte ich den Stadtrat die in der Interpellation gestellten Fragen zu beantworten.

Der Stadtrat nimmt später schriftlich Stellung.

Keine Wortmeldungen aus dem Rat.

(keine Überweisung nötig)

4
Genehmigung des Voranschlags 2013 und Festsetzung der Gemeindesteuer (Vorlage 2194)

88-2012

Der Voranschlag 2013 wurde vorgängig an alle Gemeinderatsmitglieder verteilt.

Mark Wisskirchen, Finanzvorstand, erläutert kurz die Kennzahlen der Finanzplanung 2013 – 2016. Die detaillierten Angaben können im Internet heruntergeladen werden. (Präsentation im Anhang zum Protokoll).

Vorgehen: Eintretensdebatte, Grundsatzdebatte, Detailberatung, Rückkommensfrage. Anschliessend Steuerfussdebatte, Abstimmung über Steuerfuss und Rückkommen vor der Schlussabstimmung des gesamten Voranschlags.

Eintretensdebatte
GRPK-Präsident Ueli Streuli (SVP): „Die GRPK bestätigt, dass das vorliegende Budget 2013 den nötigen Vorschriften entspricht.
Alle Fragen der GRPK- Referenten wurden fristgerecht, detailliert und zufriedenstellend beantwortet. In diesem Sinne danke ich bereits jetzt allen Mitgliedern aus der GRPK für ihr wirklich super Engagement bei diesem Budget, den zuständigen Personen aus dem Stadtrat und der Verwaltung für ihre Geduld und teilweise auch für ihre starke Nerven betreffend den sehr vielen Detailfragen, welche von der GRPK gestellt worden sind. Ich beantrage Namens der GRPK Eintreten. Besten Dank."

Es wird stillschweigend Eintreten beschlossen.

Grundsatzdebatte
GRPK-Präsident Ueli Streuli (SVP): „Grundsätzlich darf die GRPK einem Budget mit fast 6 Millionen Minus nicht zustimmen bzw. müsste der Steuerfuss angehoben oder entsprechende Budgetposten gestrichen werden. Die letzten Jahre haben jedoch gezeigt, dass wir jedes Jahr gegenüber dem Budget um einige Millionen besser abgeschnitten haben. Dieser Trend dürfte anhalten. Ob wir jedoch in der Folge mit der Rechnung 2013 im Frühling 2014 wieder um einige Millionen besser oder sogar positiv dastehen werden, wird sich zeigen. Unsere Situation lässt jedoch zu, dass wir zwei oder drei Jahre einige Millionen Verluste zu Lasten des Eigenkapitals verbuchen können. Ein stabiler Steuerfuss liegt auch der GRPK sehr am Herzen.
Nach vielen und langen Diskussionen wurden wir uns innerhalb der GRPK grossmehrheitlich einig, diesem vorliegenden Budget -mit einer Rechnungskorrektur, wegen einer Doppelbudgetierung - zuzustimmen. Dies im Wissen, dass aus den Fraktionen noch einige Sparanträge mit „eher" politischem Hintergrund kommen werden. Die GRPK-Referenten werden sich über ihre bearbeiteten Abschnitte nicht einzeln zu Wort melden. Den GRPK Mitgliedern wird es jedoch überlassen, heute Abend einzelnen Sparanträgen aus den Fraktionen allenfalls zuzustimmen."

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GRPK.

Keine Wortmeldungen vom Stadtrat.

Wortmeldungen aus dem Rat zur Grundsatzdebatte:
Rachel Grütter (SVP): „Die SVP wird dem vorliegenden Voranschlag und dem Steuerfuss einstimmig zustimmen. Begeistert über das vorliegende Budget sind wir nicht und den Aufwandüberschuss finden wir zu hoch. Was möchte der Stadtrat erreichen? Es gibt erneut eine Erhöhung des Personalaufwandes und auch wieder einen erhöhten Sachaufwand! Genau dort hätte gespart werden sollen! Hätten wir wieder Pauschalanträge stellen sollen und der

Stadtrat hält diese dann wieder nicht ein? Wenn wir das Budget zurückgewiesen hätten, hätten wir keine Rechnungsgrundlage. Wir geben heute dem Stadtrat eine letzte Chance und sprechen ihm das Vertrauen nochmal aus.
Wir hätten auch jede Position im VA 13, die höher ist als in der Rechnung 2011, diskutieren und eine Reduktion beantragen können, aber wir verzichten darauf. Denn wir brauchen eine andere Grundeinstellung. Diese fehlt uns zurzeit gänzlich! Es ist die Aufgabe des Gemeinderates, die Rahmenbedingungen vorzugeben, in welche Richtung gegangen werden soll. Die Details werden vom Stadtrat und der Verwaltung umgesetzt. Wir fordern die Stadtverwaltung und den Stadtrat auf, die sparwillige Grundsatzeinstellung jeden Tag zu leben. Sparen bei Porto, Briefpapier usw. Jede Neuanschaffung muss zweimal hinterfragt werden.
Wir unterstützen heute keine der pauschalen FDP-Sparanträge, da sie uns zu ungenau und zu wenig stichhaltig sind. Zwei grosse Anträge werden wir jedoch einbringen, in welchen grosse Beträge gespart werden können. Wir glauben, dass mit dem attraktiven Steuerfuss von 99% gehaushaltet werden kann. In der Rechnung 2013 möchten wir kein Defizit mehr in der heute ausgewiesenen Höhe haben. Wir nehmen zudem den Stadtrat beim Wort, dass in den nächsten Jahren der Steuerfuss stabil bleibt. Eine Steuerfusserhöhung und ein erneut so hohes Defizit werden wir nicht mehr akzeptieren und zurückweisen. Im Jahr 2013 soll er uns beweisen, dass er die Botschaft aufgenommen hat und sind überzeugt, dass im Juni 2014 kein Defizit in dieser Höhe verabschiedet werden muss."

Roland Herrli (EVP): „Die Stadt Kloten steht heute dank ausserordentlichen Steuereinnahmen finanziell gut da. Kloten kann daher ein negatives Budget (noch!) problemlos verkraften. Das intensive Bearbeiten des Budgets lässt die Sparanstrengungen von Stadtrat und Verwaltung erkennen. Deshalb können wir das Budget mit einem Fehlbetrag von 5.8 Mio. Franken mit Überzeugung annehmen.
Der Gemeinderat ist gefordert, für die kommenden Jahre die Weichen für ein ausgeglichenes Budget rechtzeitig zu stellen. Dabei stehen im Zentrum der Betrachtung der Steuerfuss, die Infrastrukturen, sowie die vom Stadtrat vorgelegte Finanzplanung. Diese Punkte stehen alle in einer Abhängigkeit zueinander.

Steuerfuss
Die EVP hat vor einem Jahr dem Steuerfuss von 99% nicht zugestimmt, sondern Antrag auf eine geringere Reduktion gestellt. Dies im Hinblick auf die anstehenden hohen Investitionen und dem damit verbundenen hohen Finanzbedarf. Einen attraktiven und stabilen Steuerfuss befürwortet auch die EVP. Deshalb ist es für uns unumgänglich, dass sich der Gemeinderat jetzt schon Gedanken zum nächsten Voranschlag macht. Zu berücksichtigen ist insbesondere, dass wir (Kloten) uns in einer „Steuerfuss-Falle" befinden. Das hohe Steuerpotenzial beschert uns Abgaben von über 10 Mio. Franken in den kantonalen Steuerausgleich. Dafür bezahlen wir heute mit dem unglaublich hohen Satz von 15 Steuerprozent.

Infrastrukturen
Für die allseits geschätzten Infrastrukturen (ohne gesetzliche Verpflichtung) wenden wir jährlich um 12 Mio. Franken auf. Einiges mehr fällt in den nächsten Jahren an Investitionen an. Der Gemeinderat hat sich in seinen jüngsten Entscheiden zu den Infrastrukturen bekannt. Jetzt kommen wir nicht darum herum, uns auch mit deren Finanzierung zu beschäftigen.

Finanzplanung
Einer Verschuldung von 35 Mio. Franken per 2016 könnte aus heutiger Sicht, mit den günstigen Konditionen für Kredite, zugestimmt werden. Wenn wir unsere Aufgaben jetzt in Angriff nehmen, sind wir bereit, auf veränderte Bedingungen rasch und korrigierend einzugreifen. Zu bedenken gilt insbesondere, dass die Zeit des billigen Geldes nicht ewig andauern wird. Diese Ungewissheit verpflichtet uns, Investitionen mit einem höchstmöglichen Anteil an Eigenmitteln zu finanzieren, um so nachfolgende Generationen vor hohen Schulden zu bewahren."

Christoph Fischbach (SP): „Der Stadtrat legt dem Gemeinderat ein Budget 2013 mit einem Defizit von knapp 6 Mio. vor und schlägt einen Steuerfuss von 99% vor. In seiner kürzlich veröffentlichten Finanzplanung für die Jahre 2013 bis 2016 rechnet der Stadtrat bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von jährlichen Defiziten von 6 bis 7 Mio. Das Eigenkapital sinkt und durch die anstehenden, hohen Investitionen wird wahrscheinlich eine Nettoschuld entstehen. Der Stadtrat bezeichnet die finanzielle Perspektive als grundsätzlich machbar. Er will den Steuerfuss bei 99% lassen, obwohl jährlich ca. 2 Mio. fehlen, wenn die Steuern nicht um

die 3% erhöht werden, welche der Stadtrat noch für 2012 beantragt hat. Der Gemeinderat in seiner jetzigen Zusammensetzung würde auch niemals einem realistischen und korrekten Steuerfuss von über 100% zustimmen, nachdem er ihn letztes Jahr verantwortungslos massiv gesenkt hat. Die SVP und FDP haben diesen Fehler zu verantworten. Wenn der Stadtrat 2013 einen Voranschlag mit einem Steuerfuss von 99% vorschlägt und somit ein grosses Defizit veranschlagt, trägt die SP dies mit, auch im Wissen, dass ein realistischer Steuerfuss über 100% liegen müsste.
Der Stadtrat setzt nun auf optimistische Zahlen und hofft, dass auch nächstes Jahr die Rechnung besser abschliesst als das Budget. Irgendwann wird diese Kalkulation nicht mehr aufgehen. Die Ausgaben für 2013 sind korrekt, pragmatisch und realistisch budgetiert. Es sind keine Luxusausgaben vorgesehen. Im Bereich des Unterhaltes müssen nun z.B. Dinge angepackt werden, welche aus Spargründen bisher immer wieder aufgeschoben wurden. Wahrscheinlich sind diese Ausgaben nun höher, denn aufgeschobene Unterhaltsarbeiten werden mit der Zeit nicht günstiger, sondern teurer.
Dass bürgerliche Fraktionen die Ausgabenseite kritisieren und Änderungsanträge stellen, ist auch klar. Die Anträge wurden an alle Fraktionen versandt und konnten geprüft werden. Dieses Jahr gibt es jedoch zwei Arten von Vorgehen. Die SVP hat zwei konkrete, kontogenaue Punkte gefunden, welche sie im Budget geändert haben will. Die Änderungsanträge ergeben zusammen einen Betrag weit unter einer Million. Die SP ist inhaltlich gegen diese Anträge. Aber die Vorgehensweise, die die SVP wählt, ist die Richtige. Konkret und genau wird gesagt, was gestrichen werden soll, was korrekt ist.
Die FDP hingegen betreibt wieder einmal Schaumschlägerei. Obwohl sie den Voranschlag wohl von allen Fraktionen am genauesten studiert hat - das ist nicht ironisch gemeint - kommt sie mit halb Pauschal, halb Detailanträgen daher. Ob Pauschalanträge rechtlich zulässig sind oder wie bindend für den Stadtrat, ist eine andere Frage. Mit dieser Art von Anträgen, welche die FDP stellt, stiehlt sie sich aus der Verantwortung und sie verweigert einmal mehr genau zu sagen, wo gespart werden soll. So geht es nicht! Die SP wird sämtliche Kürzungsanträge der FDP ablehnen. Die SP unterstützt den Voranschlag 2013 in der vorgelegten Form und sagt ja dazu."

Jürg Schär (GLP): „Trotz der guten Finanzplanung hat uns die Vorstellung mit einem Defizit von rund 6 Mio. Franken und gleichbleibendem Steuerfuss irgendwie befremdet. Uns kommt es wie ein Umherschieben der Verantwortung zwischen Parlament und Stadtrat vor. Die Aufwandüberschüsse der letzten Jahre sind glücklicherweise aufgrund ausserordentlicher Steuereinnahmen nie erreicht worden. Im vorliegenden Voranschlag müssen wir uns nun wohl mit der Höhe des Defizits befassen. Die Gründe für das Defizit sind bei der Ausgaben- und Einnahmenseite zu suchen. Die letztes Jahr beschlossene Steuersenkung muss finanziert werden können. Bis heute haben weder die SVP noch die FDP eine gute Lösung, wie das tiefe Niveau die nächsten Jahre gehalten werden soll. Die FDP zeigt heute etwas von ihrer Verantwortung und hat einen Katalog von Einsparungsmöglichkeiten vorgelegt, aber das ist letztendlich nur „Pflästerlipolitik". Nichts Langfristiges oder Nachhaltiges. Es ist Zeit, dass die Befürworter der Steuersenkung die Verantwortung für die schlechten Aussichten übernehmen. Die Einnahmenseite angeschaut ist der Steuerfuss zu tief. Die Ausgabenseite wird aufgrund vieler Faktoren gesteigert und es kann nicht alles beeinflusst werden.
Die in den letzten Jahren aufgrund von Sparmassnahmen vernachlässigten Unterhaltsarbeiten schlagen nun umso mehr zu Buche. Damit die Infrastruktur auf heutigem Niveau gehalten werden kann, müssen diese nun getätigt werden. Die GLP wünschte sich, dass Unterhaltsarbeiten nicht mehr dem Spardruck zum Opfer fallen. Vor allem auch energetische Modernisierungen und Erneuerungen sind unser Anliegen. Die im Gemeinderat genehmigten grossen Projekte stehen nun an und müssen getätigt werden. Um hohe Ausgaben zu sparen, müssen wir künftig die Vorlagen kritischer Betrachten und der Stadtrat sollte die Ausgaben mehr lenken und selbst Kürzungen vornehmen. Dem Budget stimmen wir zu, werden aber einigen Sparanträgen der FDP ebenfalls zustimmen. Noch können wir uns einen solchen Voranschlag auch mit dem bestehenden Steuerfuss „leisten". Ich hoffe auf eine befriedigende Antwort zu meiner Interpellation, die das Augenmerk auf genau diese Situation richtet. Wir nehmen den Voranschlag wie vorliegend an, aber werden uns an einigen Kürzungsanträgen jedoch beteiligen. Der Steuerfuss kann vorläufig bei 99% bleiben."

Christian Lanz (Grüne): „Die Grünen befürworten den vorliegenden Voranschlag. Die Budgetierung wurde vorsichtig vorgenommen und wir konnten auch mit eingehender Suche keine massgeblichen Senkungsmöglichkeiten finden. Die Grünen stimmen so wie es vorliegt zu.

Sollten die Einnahmen ausserordentlich höher ausfallen als geplant, dann umso besser. Die Mehrheit der Anträge der FDP lehnen wir ab. Einzelnen können wir zustimmen."

Beat Vorburger (FDP): „Die FDP dankt dem Stadtrat, der Verwaltung und der GRPK für die Beantwortung unserer Fragen. Die FDP vertraute darauf, dass die Einnahmen zurückhaltend budgetiert wurden. Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass der Stadtrat den Steuerfuss bei 99% belassen hat, aber wir befürchten, dass dies nicht aus Überzeugung geschieht. Im Voranschlag 2013 auf Seite 23 führt der Stadtrat aus: - Dass die letztjährige Steuersenkung nicht verantwortbar ist. Im Sinne eines stabilen Steuerfusses wird auf einen Antrag zur Erhöhung verzichtet -.
Die strategischen Signale des Stadtrats sind für uns unklar und widersprüchlich. Es ist uns bewusst, dass die Einnahmen keine Selbstläufer, sondern von äusseren Faktoren abhängig sind. Dazu kommt, dass am Erfolgsmodell Schweiz langfristig geritzt wird. Freiheits- und Leistungsorientierte Rahmenbedingungen sind wichtig für den Finanzplatz Schweiz. In Kloten sind wir aufgrund des durchmischten Steuersubstrats einem relativ grossen Klumpenrisiko ausgesetzt. Sollte der Geldfluss von Gewerbe und Flughafen auch künftig vorhanden bleiben, dann darf der Flughafen nicht noch mehr in ein enges Korsett gedrückt werden. Dank der gut ausgearbeiteten BZO dürfen wir der zukunftsträchtigen Entwicklung Klotens entgegensehen. Wir müssen unbedingt zu unseren Standortvorteilen Sorge tragen.
Die FDP ist der Meinung, dass das vorliegende Budget keine gute Arbeit darstellt und es ist nicht unser Verständnis, es einfach durchzuwinken. Es muss im Gemeinderat darüber diskutiert werden und es ist unsere Aufgabe, die Details zu prüfen und den Stadtrat herauszufordern. Wir sind der Meinung, dass es sich bei dieser Vorlage um einen Wunschkatalog handelt und vermissen die Prioritätensetzung komplett. Da unsere bisherigen Pauschalanträge auf taube Ohren gestossen sind und nicht umgesetzt wurden, haben wir uns selbst in die einzelnen Konten vertieft.
Um dem Stadtrat den nötigen Spielraum zu lassen und heute keine Endlosveranstaltung zu erleben, haben wir die von uns erfassten Einzelpositionen letztendlich doch zu Pauschalanträgen zusammengefasst. In unsere Überlegungen ist ebenfalls eingeflossen, dass der VA 13 auch wieder als Grundlage für den VA 14 dient. Ausserdem sind wir der Meinung, dass es die Pflicht des Stadtrates ist, die Kürzungsbeschlüsse des Gemeinderates umzusetzen. Dem wurde in den letzten Jahren nicht genügend Rechnung getragen. In Sinn einer effizienten Sitzung ziehen wir die vorgängig bekannt gegebenen Anträge zur Kürzung der Gesetzlichen Wirtschaftlichen Hilfe und Zusatzleistungen zurück, auch wenn uns die Kostenentwicklung in diesem Bereich massiv Sorge bereitet. Ich danke für die Unterstützung unserer Anträge."

Simon Giger (CVP): „Die CVP ist mit dem Antrag zu Steuerfuss und Budget einverstanden. Wir unterstützen auch einige Anträge der FDP."

Detailberatung

Ratspräsident: „Wir beginnen mit den Pauschalanträgen bzw. zusammengefassten Konten, nach Artengliederung. Sind Anträge zu Pos. 30 Personalaufwand vorhanden?"

Beat Vorburger (FDP): „Die FDP stellt den **Antrag, Kto. 3090. Allg. Personalaufwand um Fr. 50'000** zu kürzen. Das dieser Posten auch unter den Sanierungsbeiträgen der BVK leidet, steht ausser Frage. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat und die Verwaltung die personelle Dotierung fortlaufend prüft. Die FDP wird ihre Forderung nach Transparenz im Stellenplan und konsequenter Umsetzung des Leistungsprinzips im Rahmen der Mitarbeiterverordnung bekräftigen. Unsere Analyse hat aufgezeigt, dass grosszügig Luft eingerechnet worden ist. Trotz unseren geforderten Kürzungen sind Aus- und Weiterbildungsangebote sowie Personalanlässe weiter möglich."

Abstimmung über Kürzung Allg. Personalaufwand um Fr. 50'000: 3 Ja / 27 Nein.
Der Antrag ist somit <u>abgelehnt</u>.

Beat Vorburger (FDP): „Wir stellen weiter den Antrag zur Kürzung des **Sachaufwandes, Kto. 3100.000 Büromaterial usw. Pauschal um Fr. 40'000**. In der Rechnung 2010 resultiert ein Betrag von Fr. 19,8 Mio. Im Jahr 2011 sind es bereits Fr. 23,1 Mio. Das obwohl der

Gemeinderat bereits damals auf Fr. 22,3 Mio. gekürzt hatte. Trotz aller Sparaufträge sehen wir uns im vorliegenden Budget mit Fr. 24,3 Mio. konfrontiert. Das entspricht in drei Jahren einer Steigerung von 20%, was für uns nicht akzeptabel ist. Mit diesem Antrag gehen wir zurück auf das Niveau des ungekürzten Rechnungsjahres 2012."

Heiri Brändli (EVP): „Unser Lob geht an die FDP für die grosse Arbeit, obwohl auch wir den VA 13 genau angeschaut haben. Gerade deshalb empfinden wir die gemachten Bemerkungen als Affront gegenüber der Verwaltung und dem Stadtrat. Wir glauben an eine gute Verwaltung und es gibt nun mal Sachzwänge, die vorhanden sind. Für uns fehlen die handfesten Begründungen in den Anträgen. Wir sind gegen alle Anträge und werden dagegen stimmen. Es ist nicht unsere Aufgabe mit Beträgen von Fr. 500 usw. zu jonglieren in Bereichen, von denen wir keine Ahnung über Sinn und Unsinn der Beträge haben."

Abstimmung zur Kürzung Kto. 3100.000 um Fr. 40'000: 3 Ja zu 27 Nein.
Der Antrag ist somit abgelehnt.

Beat Vorburger (FDP): „Die FDP stellt den Antrag, das **Kto. 3110.0000, Anschaffung Mobilien um Fr. 140'000** zu kürzen.
Über 1.9 Mio. Franken sind im VA 13 eingesetzt, so viel wie noch nie in den letzten Jahren. Auch wenn sich ein gewisser Nachholbedarf vielleicht rechtfertigen lässt, so hat es in dieser Position grossen Handlungsspielraum. Erwähnt seien hier einige grosse Positionen für Büromöblierung im Stadthaus, der Stadtpolizei und im Bereich Informatik. Wie immer ist bei Ersatzbeschaffungen eine klare Prioritätensetzung vorzunehmen. Wir fordern den Stadtrat auf, sich auf das wirklich Notwendige zu beschränken und Wünschbares wegzulassen. Mit diesem moderaten Kürzungsantrag fahren wir den Aufwand nicht mal ganz auf das Niveau des VA 12 zurück."

Jürg Schär (GLP): „Wir können diesen Antrag unterstützen. Dieser Posten wurde nach unserer Meinung am meisten nach oben geschraubt und hier hat es somit ganz sicher Luft zum sparen."

Christoph Fischbach (SP): „Mich nimmt wunder, ob alle, die diesen Antrag unterstützen, wirklich eine Ahnung haben, ob diese neuen Möbel in der Polizei gebraucht werden oder nicht? Wir massen es uns nicht an, diese Beurteilung vornehmen zu können."

Beat Vorburger (FDP): „Wir haben hier Pauschalanträge gemacht. Die detaillierte Aufstellung sind nur Vorschläge und können beliebig angewandt werden oder nicht. Unser Auftrag lautet zu sparen, wo und wie ist uns egal!"

Jürg Schär (GLP): „Es handelt sich um Pauschalanträge um ein Signal zu setzten. Die Argumente der SP sind für uns hinfällig, denn in dieser Manier müssen wir über gar nichts mehr in diesem Budget diskutieren."

Zwischenbemerkung des Ratspräsidenten, Roger Isler (FDP): „In der Zwischenzeit ist Gaby Kuratli eingetroffen. Es sind somit 31 Anwesende!"

Abstimmung zur Kürzung um Fr. 140'000 des Kto. 3110.000: 5 Ja zu 26 Nein
Der Antrag ist somit abgelehnt.

Beat Vorburger (FDP): „Wir stellen den Antrag, das **Kto. 3140.000, Baulicher Unterhalt, um Fr. 210'000** zu kürzen. Im VA 13 sind 3.1 Mio.Franken eingestellt, was gegenüber dem ungekürzten Budget 2012, einer Zunahme von rund einer halben Million bzw. 20% entspricht. Auch bei dieser Position ist eine klare Prioritätensetzung nötig. Erwähnt seien einige grosse Positionen wie Küchensanierung in der Liegenschaft Zielgasse und Geräteraum für Aussengeräte im Schulhaus Spitz Primar. Einzelne grössere, sicherheitsrelevante Positionen, beispielsweise in den Schulhäusern Nägelimoos und Hinterwiden oder beim Spielplatz am Bach, bleiben selbstverständlich unangetastet und lassen sich trotz Budgetkürzung problemlos realisieren. Auch hier fahren wir den Aufwand nicht bis zum Budget 2012 zurück."

Christian Lanz (Grüne): „Das ist genau der falsche Ansatz. An Unterhalt zu sparen ist mehr als leichtsinnig. Das ist nur Verzögerungstaktik und kostet letztendlich mehr. Das Resultat ist, dass in spätestens drei Jahren das Budget noch höher sein wird."

Roland Herrli (EVP): „Optima wurde vor bald 10 Jahren eingeführt und seither wird am Unterhalt rumgeschraubt bzw. nur gekürzt. Dieser ist jedoch bitternötig und somit auch für uns der falsche Ansatz."

Abstimmung zur Kürzung Kto. 3140.000, Baulicher Unterhalt um Fr. 210'000: 3 Ja zu 28 Nein.
Der Antrag ist somit abgelehnt.

Beat Vorburger (FDP): „Wir beantragen, das **Kto. 3150.000, Unterhalt Mobilien, um Fr. 17'500** zu kürzen. Hier handelt es sich um einen eher geringfügigen Betrag, aber es ist unser Anliegen, dem Spardruck auf der Ausgabenseite auch hier Ausdruck zu verleihen. Die Beträge erscheinen zwar meist plausibel, aber in einzelnen Bereichen ist eine nicht nachvollziehbare Erhöhung der Kosten zu konstatieren."

Abstimmung zur Kürzung des Kto. 3150.000, Unterhalt Mobilien um Fr. 17'500: 3 Ja zu 26 Nein.
Der Antrag ist somit abgelehnt.

Beat Vorburger (FDP): „Die FDP stellt den Antrag, das **Kto. 3180.000, Dienstleistungen Dritter, um Fr. 220'000** zu kürzen. Wir haben es hier mit einem Klassiker zu tun, der bekanntermassen einiges Fleisch am Knochen hat. Satte 7,5 Mio. Franken sind für 2013 budgetiert. Wir bewegen uns damit nicht ganz auf Rekordniveau, aber verglichen mit den Rechnungsjahren 2009 und 2010 reden wir doch immerhin von einer sehr deutlichen Zunahme bzw. einer ganzen Million oder 15%. Gerade in diesem Bereich fordern wir den Stadtrat auf, die einzelnen Positionen mit einer rigorosen Ausgabendisziplin zu behandeln. Wir sehen hier Bedarf bei folgenden grösseren Posten wie Archivierung, Detailabklärungen zum Verkehrskonzept, Ökostrom oder diverse Integrationsprojekte."

Maja Hiltebrand (SP): „Man sieht mit welcher Deutlichkeit der Rat hinter dem Budget steht, alle haben gute Arbeit geleistet, sei das die GRPK, die Verwaltung oder der Stadtrat. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass er rund 6 Mio. Defizit budgetiert hat und er hat sicher nicht einfach drauflos kalkuliert. Es liegt uns ein durchdachtes Werk vor und ich bin überzeugt, dass einige Posten auch vermindert abgerechnet werden. Wir stehen hinter dem Antrag des Stadtrates und werden nichts mehr dazu sagen."

Abstimmung zur Kürzung des Kto. 3180.000, Dienstleistungen Dritter, um Fr. 220'000: 3 Ja zu 28 Nein.
Der Antrag ist somit abgelehnt.

Peter Nabholz (FDP): „Wir stellen den Antrag, das **Kto. 3193.000, Organisation / Projekte, um Fr. 50'000** zu kürzen. Dieses Konto nimmt nicht schleichend, sondern im Galopp zu. Seit 2011 ist hier eine Zunahme von 225%, grösstenteils bei der Schulbehörde, zu verzeichnen. Die Projekte sind deren viele, denn es geht was bei der Schule Kloten. Bei vielen Positionen handelt es sich um Gewaltprävention und Sicherheit. Sicher sind diese wichtig zum Schutz der Kinder. Mit Abstand der grösste Posten sind Fr. 125'000, zur Umsetzung eines Kindergartenprojekts, welches je zwei Lehrpersonen im Kindergarten vorsieht. Dieser Betrag ist zur Integration der Kindergärtner, welche dann zwei Ansprechpersonen im Kindergarten haben. Den Vorteil einer solchen Lösung sehe ich persönlich nicht. Im Voranschlag steht zu dem, dass dieses dreijährige Projekt separat beantragt wird. Warum ist es dann im Budget schon enthalten? Für mich eine unlogische Variante. Aus diesem und anderen Gründen beantragen wir die Kürzung des Voranschlags um Fr. 50'000 bei diesem Konto. Danke für die Unterstützung."

Roland Herrli (EVP): „Ich habe schon festgestellt, dass die beantragten Budgetbeträge nicht immer vollständig ausgeschöpft wurden. Deshalb appelliere ich an Corinne Thomet, zukünftig die in der Schule budgetierten Beträge sinnvoll und ganz auszuschöpfen."

Abstimmung zur Kürzung des Kto. 3193.000, Organisation / Projekte, um Fr. 50'000: 3 Ja zu 28 Nein.
Der Antrag ist somit abgelehnt.

Ratspräsident Roger Isler (FDP): „Wir beenden noch die Pauschalanträge der Konten und machen anschliessend eine Pause von 20 Minuten."

Es sind keine Anträge zu den Funktionsgruppen 31, 32, 33, 34, 35, 36, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 48, 49, 50, 56, 57, 58, 60, 61, 62, 66, 67, 79, 80 vorhanden.

Es werden keine weiteren Pauschalanträge gestellt.

Die Ratsleitung verordnet 20 Minuten Pause.

Es folgen die Detailanträge gemäss Cockpit:

12 GR / StR: keine

22 Verwaltungsdirektion
Peter Nabholz (FDP): „Wir beantragen die **Reduktion der neuen AKKU-Stelle (Drehscheibe Bevölkerung) von 80% auf 50%.** Die neu gebildete AKKU-Stelle hat eine dreijährige Versuchsphase hinter sich. Vor allem im EU-Jahr der Freiwilligenarbeit hat sie gute Dienste geleistet. Die Auslastung der 80 Stellenprozente ist für uns fraglich. Die Entlastung von Vereinspräsidenten ist sicher schön, aber auch nötig? Dass diese Stelle den Vereinspräsidenten etwas Entlastung bietet, kann ich nachvollziehen. Aber was soll die Stadt zukünftig noch alles koordinieren und unterstützen um diese Stelle so hoch auszulasten? Zudem gehört diese Koordinationsstelle nicht zu den nötigen Kernaufgaben einer Stadt. Die 80% sind unseres Erachtens zu hoch und nicht notwendig."

Mathias Christen, RV Bevölkerung: „Der Stadtrat hat sich diesen Entscheid nicht einfach gemacht. Aufgrund der ausserordentlich guten Erfahrungen und Erfolge in den letzten drei Jahren sind wir zum Entschluss der unbefristeten Weiterführung gelangt. Freiwillige Arbeit wird zukünftig immer höher gewichtet. In Kloten arbeiten rund 3'000 Personen jeden Monat rund 10 Stunden freiwillig. Pro Jahr sind das zigtausend von geleisteten Stunden. Dieses Engagement muss gepflegt werden, denn wir brauchen diese Leute. Die Zukunftskonferenz hat gezeigt, wie wichtig das Wohlbefinden den Einwohnern ist. Diese Stelle hat wesentlich dazu beigetragen und bringt wertvolle Dienste. Ich bitte um Ablehnung dieses Antrags."

Mathias Rieder (GLP): „Jede Kürzung schmerzt, aber die bisherigen haben nicht sehr geschmerzt. Auch ich leiste einige freiwillige Arbeit, auch der Gemeinderat ist freiwillige Arbeit, aber wir leisten sie gerne. Das wichtigste, was ich in der Zeit im Gemeinderat gelernt habe, ist die Vernetzung. Dafür brauche ich keine staatliche Stelle die mir hilft. Freiwillige Arbeit soll freiwillig bleiben und diese staatlich zu steuern ist unnötig. Es geht uns hier nicht um den Geldbetrag, wir finden diese Stelle einfach nicht sinnvoll. Die GLP unterstützt den Antrag der FDP zur Kürzung auf 50 Stellenprozent."

Christoph Fischbach (SP): „Mathias Christen hat sich gut ausgedrückt. Ich bin froh um die Unterstützung der Stadt in diesem Bereich. Auch ich leiste Einiges an freiwilligen Stunden jede Woche. Ich denke die FDP weiss über die AKKU-Stelle nicht genug Bescheid. Für mich wäre sogar ein Aufbau anstelle Kürzung nötig. Wir unterstützen den Antrag nicht."

Roland Herrli (EVP): „Die AKKU-Stelle in der Budgetdebatte zu verhandeln ist u.E. falsch. Wenn, dann sollte ein eigenes Geschäft zur Diskussion vorgestellt werden, denn wir haben keine Ahnung über die genaue Arbeit und können so die Frage über Nutzen oder Unsinn nicht klären."

Beat Vorburger (FDP): „Der Stadtrat hat uns im Rahmen des Budgets mit den Angaben zu dieser Stelle versorgt, also kann auch darüber diskutiert werden."

Abstimmung zur Kürzung der AKKU-Stelle von 80% auf 50%: 5 Ja zu 26 Nein.
Der Antrag ist somit abgelehnt.

Peter Nabholz (FDP): „Angesichts der Abstimmung verzichten wir auf die weiteren Anträge innerhalb der Akkustelle (Sozialleistungen etc.)."

Keine weiteren Anträge zu Kto. 22.

32 Finanzen + Logistik
Ueli Streuli, GRPK-Präsident: „Die GRPK beantragt wie angekündigt die Korrektur des Kto. 3260.20 / 3180.000, Einzelmassnahmen Energiebericht, um Fr. 50'000, von Fr. 155'000 auf Fr. 105'000. Hierbei handelt es sich um eine Doppelbuchung, die wir berichtigen möchten. Die GRPK hat diese Korrektur einstimmig beschlossen."

Abstimmung zur Kontokorrektur: Einstimmig angenommen.

42 Einwohnerdienste + Soziales
keine

52 Lebensraum + Sicherheit
Silvan Eberhard (SVP): „Wir beantragen, das **Kto. 5210. 20** / **3660.000** / **Energiestadt, SBB Bonuspass um Fr. 80'000** zu kürzen bzw. den Betrag zu streichen. Wir haben vom Stadtrat zu diesem Projekt keine nützlichen Informationen erhalten und finden es bei dieser Finanzlage unsinnig. Dem Kürzungsantrag der Grünen zum gleichen Punkt können wir nicht zustimmen, denn es würde eine Genehmigung des Projekts bedeuten. Wir sind nicht gewillt ein Projekt, das wir nicht kennen, zu unterstützen."

Beat Vorburger (FDP): „Die FDP hat einen gleichen Antrag vorbereitet und vereinigt diesen mit dem der SVP. Aus diesem Grund unterstützen wir den Antrag der SVP."

Christian Lanz (Grüne): „Wir begrüssen diese Massnahme sehr, da dadurch ein Anreiz geschaffen wird, vermehrt die öffentlichen Verkehrsmittel für den Arbeitsweg zu benutzen. Neben dem positiven Effekt auf die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, würden auch wieder Parkplätze zum Beispiel im Migros Parkhaus frei, die zurzeit von Verwaltungsangestellten dauergemietet sind. Das Konzept liegt zum jetzigen Zeitpunkt erst in einer „Rohfassung" vor. Bis die definitive Version des Konzepts vorliegt und der Stadtrat die nötigen Beschlüsse gefasst hat, dürfte noch einige Zeit vergehen. Bis das Ganze anläuft, braucht es auch nochmal Zeit – und ob und wie viele Mitarbeitende sich von Anfang daran beteiligen – sprich auf das Auto verzichten und mit dem öffentlichen Verkehr an die Arbeit kommen, ist ebenfalls noch nicht klar. Wir Grünen sind der Meinung, dass für das Jahr 2013 für diesen Posten zu viel eingesetzt wurde. Damit an diesem sinnvollen Mobilitätskonzept weitergearbeitet wird und mit der Umsetzung begonnen werden kann, stellen wir den Kürzungsantrag von nur Fr. 50'000."

Christian Fischbach (SP): „Der Bonuspass ist Teil eines Konzeptes des ZVV. Jede Firma ab 400 Angestellten kann mitmachen. Die Informationen zum Projekt wurden in der GRPK bekannt gemacht und hätten von jedem GRPK-Mitglied in die Fraktion gebracht werden können. Wenn das nicht passiert, ist das nicht unser Problem und es kann auch nicht von fehlenden Informationen zum Projekt die Rede sein. Wir lehnen den Antrag ab."

Gaby Kuratli (CVP): „Es gibt zwei Anträge zur Abstimmung. Im Rahmen der Energiestadt sollte dieses Projekt unterstützt werden. Erfahrungswerte fehlen uns, das ist richtig. Wenn wir uns als Energiestadt bezeichnen wollen, dann müssen solche Projekte unterstützt werden. Die

Parkplatzprobleme zu lösen, würde es vielleicht auch helfen. Wir unterstützen den Antrag der Grünen."

Jürg Schär (GLP): „Diese Diskussion erscheint mir komisch. Wir haben keine Argumente für die Kürzung oder Streichung des Betrages. In Zeiten, wo bei Lohnerhöhungen gespart wird, ist das ein Anreiz für die Angestellten."

Roland Herrli (EVP): „Die EVP unterstützt den Antrag der Grünen."

Rachel Grütter (SVP): „Ich gebe Jürg Schär Recht. Wir diskutieren über etwas, das wir nicht kennen, deshalb können wir auch nicht einfach ja dazu sagen. Wir haben es mit einem Rohkonzept zu tun und wissen nicht, was genau dieser Bonuspass bringt. Es soll eine Vergünstigung für die Mitarbeiter sein. Diese sollten dadurch auf den ÖV umsteigen. Wenn man heute nach Kloten nicht mit dem ÖV kommt, dann ändert sich das auch nicht durch einen finanziellen Anreiz. Wenn uns das ganze Konzept und dessen Nutzen plausibel erklärt wird, kann der Betrag auch ins Budget 2014 einfliessen."

Jürg Schär (GLP): „Wenn ich es richtig verstanden habe, dann stimmen wir nicht über das SBB Konzept ab, sondern über den Bonuspass und den kennen wir. Zu behaupten, wir wissen nicht um was es geht, ist Unsinn."

Christian Lanz (GP): „Wir wissen ganz genau wozu der Betrag benötigt wird. Der Bonuspass ist im Internet ganz klar erklärt."

Abstimmung über den Antrag SVP/FDP: 16 Ja Stimmen
Abstimmung über den Antrag Grüne: 15 Ja Stimmen

Somit ist der Antrag der Grünen abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag Stadtrat: 15 Ja Stimmen
Abstimmung über den Antrag SVP/FDP: 16 Ja Stimmen

Der Antrag SVP/FDP ist angenommen. Der Betrag für den Bonuspass ist zu streichen. Das Budget 2013 wird um Fr. 80'000 für das Projekt Bonuspass gekürzt.

62 Bildung + Kind:
keine

72 Freizeit + Sport
keine

82 Gesundheit + Alter
keine

Investitionsrechnung
Walter Beer (SVP): „Die SVP stellt den Antrag, das **Kto. 110 5060.100, Anschaffung Radargerät, um Fr. 252'000** zu kürzen. Die Stadtpolizei ist nicht in erster Priorität für Geschwindigkeitsmessungen auf Gemeindegebiet zuständig. Sollte sich eine solche aufdrängen, hat sich das bisherige Gerät bewährt. Punktuell kann bei der Kantonspolizei ein weiteres oder besseres Gerät ausgeliehen werden. Die SVP ist nicht gegen Verkehrssicherheit, aber in Kloten gibt es keinen Verkehrsschwerpunkt, der die Anschaffung dieses teuren Gerätes rechtfertigt. Die Anschaffung des Gerätes würde einiges an Mehrkosten generieren, die durch die Busseneinnahmen knapp gedeckt werden könnten. Es fragt sich, ob die Mitarbeiter der Stadtpolizei heute nicht ausgelastet sind oder würde es eine Personalaufstockung bedingen? Im ganzen Unterland verfügt derzeit nur Regensdorf über ein solches Gerät. Dort ist der Bedarf ausgewiesen, da die Gemeinde ausgewiesene Raserstrecken zu kontrollieren hat. In Opfikon

wurde ein solches Gerät ebenfalls vom Parlament abgewiesen. Wir danken für Eure Unterstützung."

Christoph Fischbach (SP): „Es geht hier nicht nur um Raserstrecken. Nebst den Einnahmen generiert das Gerät Verkehrssicherheit auch in Wohnquartieren und Schulumgebungen. Die SP lehnt den Antrag ab. Dieses Gerät würde sicher zur massgeblichen Verkehrssicherheit beitragen."

Beat Vorburger (FDP): „Für weitere sicherheitsrelevante Belange benötigen wir dieses Gerät nicht. Wir vereinen, in Absprache mit der SVP, auch diesen Antrag mit unserem vorgesehenen gleichen Antrag und unterstützen die Streichung des Radargerätes aus der Investitionsrechnung."

Heiri Brändli (EVP): „Mir bereitet dieser Antrag keine schlaflosen Nächte. Ich denke auch der Sicherheitsgedanke spielt hier weniger die Rolle. Die Folgekosten sind nicht ausgewiesen und das stört mich. Wenn die möglichen Einnahmen auch noch angegeben würden, dann wäre es einfacher eine klare Meinung zu bilden. Wir unterstützen den Antrag auf Streichung."

Christian Lanz (Grüne): „Uns schlagen zwei Herzen in der Brust. Zum einen sind Geschwindigkeitsüberschreitungen ein Problem, aber der Betrag sehr hoch. Hier handelt es sich eher um ein Gerät welches „nice to have" ist. Die voraussichtlichen Einnahmen der allfälligen Bussen habe ich vergeblich gesucht. Wir unterstützen den Antrag der SVP."

Jürg Schär (GLP): „Wir unterstützen den Antrag ebenfalls. Geschwindigkeitsmessungen sind nicht die einzige Art um Sicherheit auf Schulwegen zu gewährleisten. Die Stadtpolizei hat sicher andere Methoden um Schulwege und deren Umgebung zu sichern."

Gaby Kuratli (CVP): „Die CVP unterstützt den Antrag ebenfalls, denn wir sind gegen eine Dauerüberwachung. Die heute erfolgenden konkreten Messungen genügen vollauf. Das Gerät ist nicht nötig und die Folgekosten sind nicht zu unterschätzen."

Abstimmung über den Antrag der SVP/FDP: 26 Ja zu 5 Nein.
Der Antrag ist somit angenommen.
Streichung des Betrages von Fr. 252'000 aus der Investitionsrechnung 2013.

Keine weiteren Anträge zur Investitionsrechnung vorhanden.

Es sind keine weiteren Anträge zu den Kontogruppen 1, 2, 3, 5, 6, 7 und 9 vorhanden.

Steuerfussdebatte
Ueli Streuli (SVP), GRPK- Präsident: „Ein kleiner Einschub meinerseits; Ich freue mich über den Entscheid des Bezirksrats, dass die GRPK bis zum Ende der Amtsdauer bei ihren 11 Mitgliedern bleiben kann.
Zum Steuerfuss; Die vollzählig anwesende GRPK hat am 27. November 2012 einstimmig beschlossen, den Steuerfuss bei 99% zu belassen. Somit beantrage ich dem Rat, dem Steuerfuss von 99% zuzustimmen."

Keine Wortmeldungen aus der GRPK.

Wortmeldungen aus dem Rat:
Roland Herrli (EVP): „Wir stimmen heute den 99% Steuerfuss zu, aber ich appelliere an euch alle, eine Erhöhung des Steuerfusses im nächsten Jahr in der Fraktion zu thematisieren."

Abstimmung im Rat zum Steuerfuss von 99%: einstimmig angenommen.

Es wird kein Rückkommen verlangt.

Schlussabstimmung im Rat zum geänderten Voranschlag 2013 inkl. Steuerfuss von 99%:

28 Ja zu 3 Nein Stimmen. Somit ist der Voranschlag angenommen.

Der Ratspräsident gibt dem Stadtpräsidenten René Huber das Wort: „Eine grosse Mehrheit des Rates hat dem Stadtrat und der Verwaltung ihr Vertrauen ausgesprochen. Wir erachten das nicht als selbstverständlich und nehmen die Verpflichtungen ernst. Wir werden im kommenden Jahr den Sachaufwand im Auge behalten und sind sicher, dass dieser tiefer als budgetiert ausfallen wird. Zudem betrachten wir es als Challenge, dass das Defizit in der Rechnung 2013 tiefer sein wird als heute vorausgesehen. Wir danken im Namen des Stadtrats für das entgegengebrachte Vertrauen und ich bin sicher, die heutige Haltung hat letztendlich mehr gebracht als alle Pauschalanträge und Kürzungen zusammen."

Beschluss:

1. Der Voranschlag der Stadt Kloten für das Jahr 2013, bestehend aus Laufender Rechnung und Investitionsrechnung, wird wie folgt genehmigt:

2. Der mutmassliche Netto-Gemeindesteuerertrag zu 100% (ohne Quellensteuer) wird auf Fr. 68‘700‘000.00 festgesetzt.

3. Verzicht auf Anschaffung Radargerät dadurch Verminderung der Investitionsrechnung, Kto. 110 5060.100, um Fr. 252‘000.

4. Die laufende Rechnung erfährt gegenüber dem Antrag des Stadtrates folgende Änderungen:

Aufwandüberschuss gemäss Antrag Stadtrat	Fr. 73‘892‘614.00
Kontokorrektur durch GRPK, Kto 3260.20.3180.000	Fr. - 50‘000.00
Verzicht SBB-Bonuspass, Kto. 5210.20 366.000	Fr. - 80‘000.00
Minderaufwand Abschreibung, Verzicht Radargerät	Fr. - 51‘000.00
Zu deckender Aufwandüberschuss	Fr. 73‘711‘614.00
Gemeindesteuer-Ertrag **99**%	Fr. 68‘013‘000.00
zu Lasten Eigenkapital werden verbucht	Fr. 5‘698‘614.00

Der Steuerfuss wird auf **99%** festgesetzt.

Verabschiedung von Christian Lanz durch den Ratspräsidenten: „Ich habe Christian Lanz als interessanten und versierten Kollegen kennengelernt und finde es schade, dass er von seinem Amt zurück tritt. Seine Voten im Rat waren kurz und prägnant, dafür aber sehr verständlich. Christian Lanz wurde im Rat 2006 gewählt und leistete seither zudem zusätzlichen Einsatz in der GRPK. Mit dem Postulat zur Eruierung der möglichen Dächer für Solaranlagen hat er einen interessanten Vorstoss eingereicht. Er schätzte die Zusammenarbeit mit den Kollegen der Kommission und im Rat, ist sehr gradlinig und sagt was er denkt, ohne sich im Rampenlicht verewigen zu müssen. Der Rücktritt fällt ihm nicht leicht und er hätte gerne sein Arbeitspensum zu Gunsten der Ratsarbeit reduziert, was leider nicht möglich ist. Ich habe gehört, dass Christian gerne Fahrrad fährt und dass in Irland, wo es viel regnet, aber im Regen weiterzufahren zeugt von Durchhaltewillen. Zu seinen Hobbys gehört ebenfalls das Wandern und dabei die Natur zu erkunden und zu fotografieren. Deshalb schenken wir ihm ein neues Fotoprogramm, um seinen Mac auf den neusten Stand zu bringen, sowie eine Flasche Klotener Wein. Damit danke ich ihm für die zugunsten der Bevölkerung gut geleisteten Dienste im Gemeinderat.“

Chistian Lanz (Grüne): „Die veränderte Situation bei meinem Arbeitgeber lässt mir leider nicht mehr die Zeit, um mein Amt gewissenhaft und kompetent auszuführen. Die Jahre in der Politik haben mir viel gebracht und die Arbeit in der GRPK, in der ich seit 2006 Einsitz habe, hat mir viel Freude bereitet und ich werde es vermissen. Ich wünsche Euch allen bei der politischen Laufbahn viel Erfolg und meinem Nachfolger Reto Schindler alles Gute.“

Die Sitzungen vom 18.12.12 und 7.1.13 fallen aus.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet voraussichtlich am 5.2.13 statt.

Gegen die Geschäftsführung sind keine Einwände vorgebracht worden. Die 17. Sitzung der 11. Legislaturperiode ist somit geschlossen.

Der Präsident wünscht allen Anwesenden eine schöne Adventszeit und einen guten Rutsch ins 2013.

Schluss der Sitzung: 21.25 Uhr

Stadt Kloten
WELTOFFEN UND BÜRGERNAH

Geprüft und genehmigt:
Kloten,

GEMEINDERAT KLOTEN

Roger Isler
Präsident

Ueli Schlatter
1. Vizepräsident

Regula Kaeser-Stöckli
2. Vizepräsident

(Protokoll gelesen, Claudia Egli, Datum / Unterschrift)